



Plenarprotokoll

44. Sitzung

Donnerstag, 15. August 2019

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Gedenkworte		in Verbindung mit	
Heinrich Lummer, ehemaliger Parlamentspräsident und Innensenator a. D.	5193	57 Einberufung eines „Zukunftsgipfels Bildung“ zur Lösung der Berliner Schulkrise	5194
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	5193	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2071	
Neue Staatssekretärin Dr. Daniela Brückner	5193	Paul Fresdorf (FDP)	5194
Entpflichtete Staatssekretärinnen Martina Gerlach und Dr. Margaretha Sudhof	5193	Dr. Maja Lasić (SPD)	5196
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	5193	Burkard Dregger (CDU)	5198
1 Aktuelle Stunde	5194	Regina Kittler (LINKE)	5200
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Stefan Franz Kerker (AfD)	5203
23 Jahre Regierungsversagen im Bereich Bildung – höchste Zeit, dass sich was dreht!	5194	Stefanie Remlinger (GRÜNE)	5205
auf Antrag der Fraktion der FDP in Verbindung mit		Senatorin Sandra Scheeres	5207
54 Missbilligung der Senatorin Scheeres – Kita- und Schulnotstand abwenden!	5194	Ergebnis	5209
Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/2066		2 Fragestunde	5210
		gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
		Rückführung der Charité- und der Vivantes-Tochtergesellschaften	5210
		Bettina König (SPD)	5210
		Senatorin Dilek Kalayci	5210
		Bettina König (SPD)	5210
		Senatorin Dilek Kalayci	5211
		Lars Düsterhöft (SPD)	5211
		Senatorin Dilek Kalayci	5211
		Sicherheitsmaßnahmen am Görlitzer Park	5211
		Kurt Wansner (CDU)	5211
		Senator Andreas Geisel	5211
		Kurt Wansner (CDU)	5212
		Niklas Schrader (LINKE)	5213
		Senator Andreas Geisel	5213

3.3	Priorität der Fraktion der SPD	5237	3.4	Priorität der Fraktion der CDU	5253
10	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 (Haushaltsgesetz 2020/2021 – HG 20/21) ...	5237	57 A	DIESE-Vorkaufsseilschaften – keine Zuschüsse ohne Aufklärung	5253
	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/2020			Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2083	
	Erste Lesung			Änderungsantrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/2083-1	
	in Verbindung mit			Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2083-2	
8	Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan von Berlin für das Haushaltsjahr 2019 (Nachtragshaushaltsgesetz 2019 – NHG 19)	5237		Stefan Evers (CDU)	5253
	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/2018			Torsten Schneider (SPD)	5254
	Erste Lesung			Dr. Kristin Brinker (AfD)	5255
	in Verbindung mit			Dr. Michail Nelken (LINKE)	5256
9	Haushaltsbegleitgesetz zum Nachtragshaushaltsgesetz 2019 und zum Haushaltsgesetz 2020/2021	5237		Sibylle Meister (FDP)	5257
	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/2019			Katrin Schmidberger (GRÜNE)	5258
	Erste Lesung			Stefan Evers (CDU)	5260
	in Verbindung mit			Katrin Schmidberger (GRÜNE)	5261
11	Gesetz zur Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenbremse in Berliner Landesrecht	5237		Ergebnis	5262
	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/2021		3.5	Priorität der Fraktion Die Linke	5262
	Erste Lesung		46	Bundesratsinitiative zur Einführung eines Mindestprüfungsintervalls für Steuerprüfungen bei Steuerpflichtigen mit besonderen Einkünften	5262
	Senator Dr. Matthias Kollatz	5237		Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/1992	
	Sven Heinemann (SPD)	5240		Sebastian Schlüsselburg (LINKE)	5262
	Christian Goiny (CDU)	5242		Christian Goiny (CDU)	5263
	Steffen Zillich (LINKE)	5244		Franziska Becker (SPD)	5264
	Dr. Kristin Brinker (AfD)	5246		Ronald Gläser (AfD)	5265
	Daniel Wesener (GRÜNE)	5248		Benedikt Lux (GRÜNE)	5267
	Dr. Kristin Brinker (AfD)	5250		Sibylle Meister (FDP)	5268
	Daniel Wesener (GRÜNE)	5250		Ergebnis	5268
	Sibylle Meister (FDP)	5251	3.6	Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	5268
	Sven Heinemann (SPD)	5252	7	Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG)	5268
	Sibylle Meister (FDP)	5252		Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/1996	
	Dennis Buchner (SPD)	5252		Erste Lesung	
	Sibylle Meister (FDP)	5252		Senator Dr. Dirk Behrendt	5268
	Ergebnis	5253		Holger Krestel (FDP)	5269
				Senator Dr. Dirk Behrendt	5269
				Sebastian Walter (GRÜNE)	5271
				Sven Rissmann (CDU)	5273
				Dr. Susanne Kitschun (SPD)	5274
				Marc Vallendar (AfD)	5275
				Benedikt Lux (GRÜNE)	5276

(Stefan Evers)

das sich hinter der so berühmten DIESE eG und sicherlich noch einer Reihe anderer Vorfälle und gerade hinter den Vorkaufsgriegen Ihres grünen Stadtrats in Friedrichshain-Kreuzberg verbirgt.

[Katrin Schmidberger (GRÜNE): Der rettet Häuser! Wie schrecklich!]

Abgesehen davon, dass ich überbeuerte Immobilienvorkäufe schon für sich genommen als ein unseriöses Geschäft zulasten des Steuerzahlers werte, was sich inzwischen auch in der Zurückhaltung gerade der landeseigenen Gesellschaften und auch der verlässlichen Genossenschaften in dieser Frage zeigt, Sie erbringen den Beweis: Schlimmer geht es immer!

Was in Friedrichshain-Kreuzberg und ganz aktuell auch in Tempelhof-Schöneberg passiert, das hat eine neue und – wie ich finde – verwerfliche Qualität, und den Geist von Rechtsstaatlichkeit, den atmet das nicht mehr. „Legal, illegal, scheißegal“ –, das ist nicht mehr nur ein antifaschistischer Songtext, das sind die Richtlinien Ihrer Vorkaufspolitik.

Wenn sich sozialistische Altkader, Ex-Stasioffiziere und Berlins Regierende zusammenschließen, um Mieterinnen und Mieter in hoch riskante Immobiliendeals zu verwickeln, dann ist, wie ich finde, Aufklärung des Parlaments gefragt.

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

Wenn grüne und rote Bezirksfürsten ihre tatsächlichen und vielfach nur vermeintlichen Möglichkeiten missbrauchen, um fragwürdigen Käufern ohne solide Finanzierung Immobilien zuzuschustern, dann dürfen wir nicht tatenlos zuschauen. Denn die Leidtragenden dieser Politik, das werden wieder einmal die Mieterinnen und Mieter sein. Wenn das Kartenhaus der DIESE eG zusammenklappt, dann sind es die Mieterinnen und Mieter, die darunter begraben werden, und keiner von uns hier im Haus.

Dass Sie sich im Hauptausschuss, liebe Kollegen von der SPD, von Linken und Grünen hinter die Fichte haben führen lassen, das überrascht hier keinen mehr. Aber ich finde, als Parlament insgesamt dürfen wir diesem Beispiel nicht folgen. Wir haben eine Verantwortung dafür, dass die Hintergründe dieser bizarren Geschäfte in Friedrichshain-Kreuzberg aufgeklärt werden.

[Zuruf von der LINKEN: Das ist doch alles Quatsch!]

Warum sie bizarr sind, ich glaube, um all diese Merkwürdigkeiten hier aufzuzählen, dafür wäre die Redezeit denn doch zu kurz. Aber allein die personelle Verflechtung zwischen der Senatorin für Stadtentwicklung und vielen anderen Funktionsträgern der Linkspartei und der DIESE eG sollte ausreichen, um von weiteren Deals zum jetzigen Zeitpunkt entschlossen Abstand zu nehmen.

Stattdessen gehen sie munter weiter, was einer der Gründe dafür ist, weshalb wir den Antrag schon heute noch

einmal zu ändern vorschlagen. Allein in der Zeit zwischen der Formulierung des Antrags, dem Aufdecken dieser merkwürdigen Deals und unserer heutigen Beratung sind zwei weitere Geschäfte zu Tage gefördert worden. Ich finde, es ist an der Zeit, das Parlament dazu aufzurufen, diesen Seilschaften ein Ende zu setzen, aufzuklären, Transparenz zu schaffen.

Ich zitiere einmal die geschätzte Kollegin Spranger, die sich vermutlich aus gutem Grund der Debatte fernhält:

Ich bin von dem, was bisher an die Öffentlichkeit gedrungen ist, geschockt.

Liebe Frau Spranger! Das gilt auch für mich. Das sollte für uns alle gelten. Ich finde, deswegen sollten wir heute ein Stopp-Zeichen setzen. Lassen Sie uns für Aufklärung, für Transparenz sorgen, denn nichts anderes dürfen die Berlinerinnen und Berliner von uns erwarten! – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Für die Fraktion der SPD hat das Wort der Abgeordnete Schneider – bitte schön!

Torsten Schneider (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Die Genossenschaften in Berlin sind ein echter Partner unserer Wohnungspolitik, sie verfügen über 12 Prozent des Bestandes, und deshalb weise ich die mittelbar zum Ausdruck kommende allgemeine Stigmatisierung von Genossenschaften zurück!

[Beifall bei der SPD und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN –
Burkard Dregger (CDU): Die nicht stattfindet!]

Wir brauchen trotzdem eine Einordnung hinsichtlich des Vorkaufsrechtes, denn hier geht es ja nicht um die Privilegierung von Grundstückserwerben usw. Dazu hat die FDP heute hier schon etwas gesagt. Deshalb will ich wiederholen, was ich an dieser Stelle schon einmal gesagt habe: Veräußerungen in Berlin im Grundstücksbereich ca. 20 Milliarden Euro im Jahr – ohne Share Deals. Das bedeutet, Tendenz nach oben und nicht nach unten. Zur Verfügung stehende Gelder zur Unterstützung des Vorkaufsrechtes: 100 Millionen Euro – und nicht pro Jahr, sondern dauerhaft. Das zeigt, dass die Ausübung eines kommunalen Vorkaufsrechtes in den sogenannten Milieuschutzgebieten, also Gebieten, in denen es Erhaltungssatzungen gibt, keine Strategie sein kann, sondern ein punktuelles Zugreifen, um Exzesse zu verhindern. Diese Einordnung ist für die SPD signifikant. Da unterscheiden wir uns auch innerhalb der Koalition nach meiner Wahrnehmung – und das wird auch so bleiben.

(Torsten Schneider)

Ich habe einigen Respekt vor der Dialektik unserer grünen Partner, die an beiden Extremfeldern namhaft vertreten sind, Friedrichshain-Kreuzberg einerseits und Steglitz-Zehlendorf andererseits, jeweils in politischer Verantwortung.

[Katrin Schmidberger (GRÜNE): Das kennen wir von euch auch!]

Voraussetzung für diese Vorkaufsrechte sind Milieuschutzgebiete, die es in dem einen Fall viele und im anderen gar nicht gibt. Das adressiere ich aber gar nicht an Steglitz-Zehlendorf, ich adressiere das an den Senat. Ich habe mit einigem Erstaunen die Presseberichterstattung wahrgenommen, in der der Vorschlag der SPD, Milieuschutzgebiete auf Berlin insgesamt auszuweiten, so denn die bundesrechtliche Kautelen vorliegen, verniedlicht wurde. Das zeugt von großer Sachkenntnis. Das wissen jetzt inzwischen alle, jedenfalls nachdem der Senat eingeräumt hat: seit 20 Jahren bestehende Rechtslage! Der Senat könnte, wenn er wollte, und hat es bisher noch nie getan.

[Katrin Schmidberger (GRÜNE): 20 Jahre!]

Frau Kollegin Lompscher! Das wollen wir uns nicht mehr lange ansehen. Es gibt die Indikationen, jedenfalls dort, wo Bezirksverordnetenversammlungen so etwas diskutieren, muss der Senat genauer hinschauen und nicht nur irgendwelche kleinen B-Planverfahren an sich ziehen, sondern auch Milieuschutzgebiete. Das geht übrigens selbst dann, wenn es unterlassen wird, solche Gebiete auszuweisen.

[Beifall bei der SPD]

Wir wenden für die Milieuschutzgebiete im Durchschnitt – das sind die letzten Zahlen – rund 2 400 Euro pro Quadratmeter auf, wenn wir dort Vorkaufsrechte zugunsten der kommunalen Unternehmen bezuschussen. Das ist zufälligerweise exakt die gleiche Zahl, die die öffentliche Hand aufwendet, um Neubauvorhaben zu realisieren, jeweils pro Quadratmeter. Das wirft Fragen auf.

Für uns ist klar – das hat im Hauptausschuss gar keine Rolle gespielt –: Die Stigmatisierung der hier in Rede stehenden Gesellschaft ist so pauschal auch nicht haltbar, das wissen Sie auch, das bläst sich nur gut auf. Wir haben es mit einer atypischen Genossenschaft nach § 8 Abs. 2 Genossenschaftsgesetz zu tun, denn Genossen dürfen auch solche sein, die da gar nicht wohnen, sondern nur investieren. Insoweit ist das bundesrechtlich völlig legitim. Darüber hinaus hat das bei unseren Erwägungen im Hauptausschuss gar keine Rolle gespielt, abstrakt den Haushaltsansatz innerhalb des SIWA – Zuschuss zur Ausübung von Vorkaufsrechten – auch auf Genossenschaften auszuweiten. Aber begründend für unsere Überlegung war nur ein Effekt: Wenn wir an einen Punkt kommen, an dem es wirtschaftlich nach den derzeit geltenden Kautelen nicht mehr für die kommunalen Wohnungsgesellschaften zumutbar ist, in den Vertrag einzutreten, kann in der Zeichnung von Genossenschaftsantei-

len genau diese Brücke genommen werden. Was wir aber als SPD nicht machen – und das ist von hoher Verbindlichkeit getragen –: Wir lehnen es ab, Mieterprivatisierung mit einem insgesamt brutto höheren Landes- und Steuerzuschuss zu finanzieren, als wir bezahlen müssten, wenn die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften Volleigentum erwerben würden. Das kann man auch nicht mit dem Erwerb von Belegungsrechten gutreden. Dazu ist meine Meinung klar. Im Neubaufall haben wir 100 Prozent Belegungsrechte sofort. Im Vorkaufsrecht muss sich das erst durch Fluktuation ergeben. Das dauert ungefähr elf Jahre. Das ist kein wirtschaftliches Äquivalent.

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Letzter Punkt: Ich habe auch gelesen, wir seien von einem Stadtrat überrollt worden. Ich äußere mich nie zu einzelnen Personen. Ich weise aber auf Folgendes hin: Einerlei, ob man sich § 3 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung durchliest, wonach Verpflichtungen nur bei einem Haushaltsansatzes eingegangen werden dürfen, oder ob man § 16, § 37 Abs. 1, 4 und 7 oder § 38 durchliest, ob das nun mittelbares oder unmittelbares Recht ist – auch im Bereich des SIWA, wo es dann der 4a ist –, es gab hier keinen Haushaltsansatz. Damit liegt ein klar haushaltswidriges Verfahren vor, wenn man die Altfälle betrachtet.

[Beifall bei der SPD, der CDU,
der AfD und der FDP]

Da nützt es auch nichts zu sagen: Wir haben ja ein Rücktrittsrecht. Denn wer in ein solches Abenteuer stürzt, geht eine Verbindlichkeit durch einen Verwaltungsakt ein.

[Zuruf von Stefan Evers (CDU)]

Das ist nicht zu reparieren, jedenfalls nicht mit der SPD-Fraktion. Wir fordern den Senat ausdrücklich auf – das habe ich im Hauptausschuss schon einmal gesagt –, hier zu einer anderen, zu einer politischen Lösung im Sinne der Mieterinnen und Mieter zu kommen. Aber diese Altfälle werden nicht mit unserer Unterstützung legitimiert. Sie würden ein hohes Aufklärungsinteresse dieses Parlaments provozieren. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, der CDU,
der AfD und der FDP –
Kurt Wansner (CDU): Da kann der
Herr Behrendt aber nicht lachen!]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Für die AfD-Fraktion hat jetzt Frau Dr. Brinker das Wort.

Dr. Kristin Brinker (AfD):

Sehr geehrter Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Schneider! Respekt für diese Rede und für die Ansicht, die Sie uns heute übermittelt